



Der spätere SP-Bundesrat Willi Ritschard (l.) 1951 nach seiner Wiederwahl als Gemeindepräsident von Luterbach.

Archiv GDO

In Willi Ritschards Dorf wollen Bürgerliche die SP retten

Luterbach SO ist eine rote Hochburg. Doch die SP hat sich aufgelöst. Ihre Gegner starten eine Rettungsaktion.

VON SVEN ALTERMATT

Es gab diesen einen Moment im vergangenen Jahr, als Michael Ochsenbein klar wurde, dass sich etwas tun muss. An einem milden Spätsommertag spazierte er durch das Dorf und hoffte, dass sich Willi Ritschard nicht in seinem Grab umdreht. «Warum hat es ausgerechnet die SP erwischt?», fragte er sich.

Ochsenbein ist Gemeindepräsident von Luterbach, Bezirk Wasseramt im Kanton Solothurn, 3500 Einwohner. Der 40-jährige Sekundarlehrer, ein grossgewachsener Mann mit sorgfältig nach hinten gegeltem Haar, ist Mitglied der CVP. Allein das wäre in anderen Zeiten undenkbar gewesen: ein Christdemokrat an der Spitze von Luterbach, der stolzen Industriegemeinde, einer Hochburg der Büezer und der Sozialdemokratie. Die lokale SP hat mit Willi Ritschard nicht nur einen langjährigen Gemeindepräsidenten, sondern auch einen Bundesrat hervorgebracht. Obwohl seit seinem Tod über 30 Jahre vergangen sind, zählt er bis heute zu den bekanntesten Magistraten im Land. «Unseren Willi werden wir niemals vergessen», sagt Ochsenbein.

Post mortem ohne Partei

In Luterbach wird Ritschards Erbe hochgehalten. Im Dorf gibt es eine Willi-Ritschard-Strasse. Der Gemeinderat revidierte eigens das Friedhofsegment, damit das Grab des Ehrenbürgers nicht geräumt werden muss. Und die SP erzielt hier noch immer zuverlässig Spitzenresultate, wie jüngst bei den Solothurner Kantonsratswahlen, als sie 27 Prozent holte.

Dabei gibt es im Dorf gar keine sozialdemokratische Sektion mehr. Willi Ritschard ist post mortem zu einem Bundesrat ohne Partei geworden. Die Lokalsektion der SP hat sich im vergangenen September aufgelöst. Am Ende sei nichts anderes übrig geblieben, liess der letzte Vorstand in einer Mitteilung verlauten: «Es konnte niemand dazu bewegt werden, ein Amt zu übernehmen.» Zuvor waren sämtliche Leitungsmitglieder zurückgetreten. In der neuen Legislatur wird die Partei nicht



Inserat der bürgerlichen Parteien.

mehr im Gemeinderat vertreten sein. Die Exekutive wurde still gewählt.

Das Ende der Luterbacher SP war ein Warnsignal für Gemeindepräsident Ochsenbein. Denn er weiss um die Symbolik, die davon ausgeht. Und er weiss auch, dass es geradeso gut eine andere Lokalpartei hätte treffen können. «Es braucht Parteien oder ähnliche Strukturen, um eine Gemeinde aufrechtzuerhalten.»

SVP-Präsident sorgt sich

Tatsächlich ist das Problem grundsätzlicher Natur: Die Lokalparteien sind das politische Schmiermittel einer Gemeinde. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, das Personal für den Gemeinderat oder die Baukommission zu rekrutieren. Doch diese Rolle können sie immer weniger ausfüllen. Zahlen der Universität Zürich zeigen, dass sich die Lokalparteien seit den 1980er-Jahren in der ganzen Schweiz immer weniger bei Wahlen einbringen. Politikwissenschaftler sehen im Bedeutungsverlust der Parteien einen Hauptgrund für die personellen Engpässe vieler Gemeinden.

In Luterbach gelingt es auch den anderen Parteien oft nur mit Ach und Krach, genügend Kandidaten zu finden. Wie ernst die Lage ist, zeigt sich daran, dass mit Pascal Jacomet selbst der Präsident der lokalen SVP sagt: «Das Ende der SP hat mir eher Sorgen als Freude bereitet.» Am Ende gehe es darum, das Interesse an der lokalen Politik auf-

rechtzuerhalten. An den Geschehnissen vor der eigenen Haustür.

Vor diesem Hintergrund scheint es gar nicht mehr so unverständlich, dass die Bürgerlichen nun eine eigentliche Rettungsaktion starten: CVP, FDP und SVP appellieren gemeinsam an die «Kreise der SP Luterbach», sich wieder zu organisieren und bei den nächsten Wahlen mitzumachen. «Es mag Sie erstaunen, wenn wir Werbung für die Konkurrenz machen», schreiben die Parteien in einem Inserat, das im regionalen Anzeigenblatt erschienen ist (Ausschnitt links). «Uns geht es aber nicht um die Konkurrenz, sondern um das Dorf!»

Arbeiterdorf mit rotem Anstrich

SVP-Chef Jacomet, der auch das Sekretariat seiner Kantonalpartei leitet, spricht von übergeordneten Interessen. «Wenn eine Partei verschwindet, wächst der Druck auf die anderen, noch mehr Verantwortung zu übernehmen.» Schliesslich fällt es heute schon schwer genug, ein politisches Mandat mit beruflichen und privaten Aktivitäten zu vereinbaren. Die Dossiers werden komplexer, die Arbeitsbelastung steigt, die Lust auf ein Engagement sinkt. Mit ihrem Aufruf wünschen sich die Bürgerlichen nicht zuletzt eine «Belebung in der Dorfpolitik», wie es Jacomet nennt.

Die Cellulosefabrik mit ihren Hunderten Arbeitsplätzen für einfache Werkstätige hat zwar schon vor Jahren dichtgemacht. Doch im eigenen Selbstverständnis blieb Luterbach noch lange ein Arbeiterdorf mit rotem Anstrich. Auf dieses Erbe verweist man auch in den Büros der kantonalen SP in Solothurn, wo die Arbeiterikone Willi Ritschard eingerahmt an der Wand hängt. Im Nachhinein betrachtet, hätte sich die Parteileitung wohl früher für das Überleben der Luterbacher Sektion einsetzen können, sagt Parteisekretär Niklaus Wepfer. «Wir sind und waren mit Mitgliedern vor Ort in Kontakt.» Nach den jüngsten Gesprächen ist er davon überzeugt, dass sich die Lokalpartei vor den nächsten Wahlen wieder formieren wird. Den Luterbacher Bürgerlichen dankt Wepfer für «ihr Interesse an einer bunten Parteilandschaft».

So richtig entfacht wurde dieses Interesse bei beiden Seiten freilich erst, als die SP in der Wasserämter Gemeinde schon liquidiert war. Wie sagte Willi Ritschard, der Landesvater, einmal: «Manchmal muss man stumm bleiben, um gehört zu werden.»

Bierflaschen erhalten neues Warnsymbol für Schwangere

Nulltoleranz für Alkohol: Jetzt reagieren Schweizer Produzenten mit speziellen Etiketten.

VON SACHA ERCOLANI

Mit dem Thema Alkohol während der Schwangerschaft wird jede werdende Mutter regelmässig konfrontiert. Noch immer glauben viele Leute, dass ein Glas Rotwein oder ein Bierchen dem Ungeborenen sicher nicht schade. Das britische Zentrum für Schwangerschaftsberatung gab diese Woche in der Zeitung «The Guardian» sogar bekannt, dass dieses Thema überstigmatisiert sei und man gegen die «übertriebene Angstmacherei» mobil machen wolle. «Frauen werden so unnötig verunsichert», sagt Clare Murphy, Leiterin des britischen Schwangerschafts-Beratungszentrums.

«Das ist falsch und fatal», warnt der Arzt Jürgen Weiss, Leiter der Kinderwunsch- und Endokrinologie-Abteilung im Kantonsspital in Luzern. Denn allein in der Schweiz werden jährlich rund 800 Kinder mit schweren geistigen, körperlichen oder neurologischen Schäden durch Alkohol geboren; Kinder mit FAS, dem Fetalen Alkoholsyndrom. Denn das Baby trinkt mit, Alkohol gelangt über die Plazenta direkt ins Blut des Kindes. «Jede Menge Alkohol kann das Ungeborene schädigen. Und da niemand genau weiss, für welche Frau welche niedrige Schwelle gilt, kann man nur klar und definitiv sagen, dass eine Schwangere gar keinen Alkohol trinken sollte», sagt Weiss. Der Professor fordert sogar, dass das, was in England und Frankreich längst gesetzlich vorgeschrieben ist, auch in der Schweiz bald kommt: Warnhinweise auf Flaschen - so wie bei Zigaretten.

Brauereien werden aktiv

Solche Hinweise seien Sache der Hersteller, heisst es auf Anfrage bei Coop, dem in der Schweiz grössten Verkäufer von alkoholischen Getränken. Auch laut Denner, der Nummer zwei, ist «die Kennzeichnung von Alkoholika Angelegenheit der Hersteller», sagt Sprecherin Grazia Grassi. Inzwischen gebe es aber vermehrt Konsumentinnen und Konsumenten, die auf den Flaschen darauf hingewiesen haben wollen, dass Alkohol nicht für Schwangere geeignet sei. «Allerdings sind sich die Fachleute uneinig, wie

viel solche Hinweise bewirken. Deshalb steht Denner dem Anliegen auch eher kritisch gegenüber: «Für einen Hinweis braucht es einen politischen Entscheid.»

Dass es auch ohne politischen Druck geht, beweist die Feldschlösschen Getränke AG. Das Brauerei-Unternehmen geht in die Offensive: «Wir haben uns mit der Thematik aktiv auseinandergesetzt und werden noch in diesem Jahr das Symbol, also eine durchgestrichene schwangere Frau, auf unseren Etiketten anbringen», kündigt Sprecherin Gaby Gerber an. «Die Implementierung des Schwangerschafts-Symbols wird im 2017 sequenziell umgesetzt.»

Auch Heineken Switzerland, eines der führenden Unternehmen im Schweizer Bier- und Getränkemarkt, hat längst freiwillig das Symbol einer schwangeren Frau «auf fast allen unseren alkoholphaltigen Getränken eingeführt», bestätigt Firmensprecher Urs Frei.

Bei Wein, Champagner oder anderen Spirituosen ist das nur zum Teil der Fall und gestaltet sich wegen der Importe aus den verschiedensten Ländern schwieriger. Bei der Stiftung Sucht Schweiz ist man gegenüber einem Zwangshinweis jedoch kritisch: «Das Problem scheint uns heute eher ein anderes zu sein, nämlich dass das Umfeld von schwangeren Frauen diese im Wunsch nach Abstinenz besser unterstützen und nicht zum Mittrinken verleiten sollte», sagt Sprecher Markus Meury.



Alkohol gefährdet das ungeborene Kind. Shutterstock

Nationale Krebsstrategie bis Ende 2020 verlängert

Dies beschlossen Bund und Kantone anlässlich des «Dialogs Nationale Gesundheit».

VON MANUELA SCHNYDER

Im Sommer 2013 hatten Bund und Kantone die «Nationale Strategie gegen Krebs 2014-2017» gestartet. Die Verlängerung bis 2020 ermögliche es, die Zusammenarbeit der beteiligten Partner sowie der Projekte zur Prävention und Früherkennung, aber auch der Versorgung, Bildung, Forschung und Qualitätssicherung weiterzuführen. In der Schweiz erkranken jährlich rund 38 500 Menschen neu an Krebs; 16 200 sterben daran. Laut BAG dürften diese Zahlen Schätzungen zufolge in den nächsten 20 Jahren wegen der Bevölkerungsentwicklung noch um ein Drittel zu nehmen.

Zur Debatte standen am «Dialog Nationale Gesundheit» aber auch Massnahmen zur Eindämmung der Gesundheitskosten. Die Kosteneindämmung sei dieses Jahr das Schwerpunktthema der gemeinsamen Plattform gewesen, teilt das Bundesamt für Gesundheit (BAG) mit.

Dafür müssen neben neuen Massnahmen auch die bestehenden Möglichkeiten auf allen Ebenen ausgeschöpft werden. Bund und Kantone wollen ihre Zusammenarbeit deshalb intensivieren.

Der «Dialog Nationale Gesundheit» verabschiedete unter anderem den Rahmenvertrag von eHealth Suisse. Die Aufgaben der Kompetenz- und Koordinationsstelle von Kantonen und Bund hätten sich mit dem elektronischen Patientendossier verändert. Deshalb werde sich eHealth künftig darauf konzentrieren, die Einführung, Verbreitung und Anwendung der elektronischen Patientendossiers zu betreuen. (SDA)